

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 07. Juli 2004
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Mittwoch, dem 23. Juni 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 18:45 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 22.04.2004**
321/2004
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 6. Ergebnisse der Arbeit der Beschäftigungsförderung**

319/2004

7. **Frauenarbeitsmarktbericht 2003 der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach**
323/2004
8. **Fazit fünf Jahre AGFM**
324/2004
9. **Frauenpolitische Informationen**
325/2004
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 1. Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die 26. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 22.04.2004

@->

Die Vorsitzende drückt ihre Zufriedenheit darüber aus, dass der Rat in seiner Sitzung 27.05.2004 der Empfehlung des AGFM gefolgt ist, ein besonderes Ferienangebot in die Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebotes an Grundschulen ergänzend aufzunehmen, nachdem der entsprechende Beschluss zunächst nicht in die Liste der vorzunehmenden Änderungen und Ergänzungen aufgenommen worden war.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Zum Thema Lokale Bündnisse für Familien erinnert die Vorsitzende an die Einladung der Bürgermeisterin zum Workshop am 01. Juli 04 in der VHS und bittet die Ausschussmitglieder um Teilnahme.

Bezüglich der zeitnahen Entfernung der sexistischen Werbeplakate anlässlich der Erotikmesse in der Saaler Mühle vom 02. - 04.07.04 informiert die Vorsitzende über ihre Absicht, der Bürgermeisterin in einem offenen Brief ihre Anerkennung auszusprechen.

Abschließend lädt die Vorsitzende die Ausschussmitglieder zum Abschluss dieser Ratsperiode zu einem Beisammensein am 19.07.2004 um 17.00 Uhr bei Frau Koshofer ein, die freundlicherweise erneut ihr Haus mitsamt Heimkino als „Sitzungsort“ angeboten hat.

<-@

5

Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

Zum bereits erwähnten Thema „Plakataktion Erotikmesse“ bittet Herr Kreilkamp die Ausschussmitglieder, auf öffentlichen Flächen noch aushängende Plakate im Frauenbüro zu melden, damit die Entfernung über den Bauhof veranlasst werden kann. Er weist an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass die Stadt bei Plakatierung auf privaten Flächen keine Möglichkeit der Einflussnahme hat.

Frau Fahner weist auf das auf den Plätzen ausliegende Dokument „Frauen sind wählerisch. - Frauenpolitische Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl und die Landtagswahl“ hin, das von einem Netzwerk verschiedener frauenpolitischer Organisationen erarbeitet wurde. Hierin finden sich frauenpolitische Forderungen an eine künftige Landesregierung und an die Kommunalpolitik mit dem Ziel, einen Dialog anzuregen. Zur Feier des 15-jährigen Bestehens des Frauenbüros am 03.12.2004 von 11.00 bis 13.00 Uhr lädt Frau Fahner bereits jetzt alle Ausschussmitglieder herzlich in das Frauenbüro ein. Erfreulicherweise hat die Abteilungsleiterin für den Bereich „Frauen“ des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, Frau Zimmermann-Schwarz, bereits zugesagt, an der Feier teilzunehmen.

<-@

6

Ergebnisse der Arbeit der Beschäftigungsförderung

@->

Frau Christofzik stellt den laut Beschluss aus der letzten Sitzung gewünschten und mit dem Fachbereich 5 – Jugend und Soziales - zusammen verfassten Bericht zur Arbeit der Beschäftigungsförderung vor.

Die Maßnahmen und Ergebnisse basieren auf der Arbeit des Koordinierungskreises „Hilfe zur Arbeit“ auf Kreisebene, dem die Regionalstelle Frau und Beruf im Frauenbüro, Herr Dekker städtischerseits und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „Hilfe zur Arbeit“ aller Städte und Gemeinden sowie eine Vertreterin der Arbeitsverwaltung angehören, unter der Federführung der Beschäftigungsförderung Kreis.

Hauptziel der Beschäftigungsförderung auf Kreisebene ist es, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit zu bringen. Ziel ist auch die Einsparung von Geldmitteln, d.h. bei den Kommunen im Bereich der Sozialhilfe. Die im Bericht genannten Zahlen wurden überschlägig ermittelt, eine genaue Spezifikation ist nicht möglich.

Zusätzlich zu den Maßnahmen der Beschäftigungsförderung im Kreis und einiger städtischer Angebote wird ebenso versucht, Bundes- und Landesprogramme wie z.B. „Jump plus – Jugend in Arbeit“ umzusetzen. Außerdem gibt es die so genannte Qualifizierungsoffensive, d.h. einzelfallbezogene Finanzierung, wie z.B. Sprachkurse, wenn andere Maßnahmen nicht in Frage kommen.

Frau Christofzik berichtet ergänzend zu den einzelnen Maßnahmen. Die erfolgreiche Orientierungsmaßnahme „Wege in den Beruf“ in Trägerschaft der Kreisbeschäftigungsförderung ist den Ausschussmitgliedern bereits bekannt. Daneben hebt Frau Christofzik eine Maßnahme in städtischer Trägerschaft, den Dienstleistungspool, hervor, in dem arbeitslose Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger zunächst gemeinnützig beschäftigt und dann sozialversicherungspflichtig angestellt werden. Arbeitsbereiche sind vorwiegend der hauswirtschaftliche Bereich, Gebäudereinigung in Privathaushalten und Firmen. Mit inzwischen 75 - 80 Stammkunden hat sich diese Maß-

nahme in Bergisch Gladbach etabliert. 7 von 10 Beschäftigten in dieser Maßnahme sind Frauen.

Ein Erfolg über die Vermittlung in Arbeit hinaus ist die durch die Maßnahmen erreichte Orientierung und Motivation als gute Ausgangsposition für eine nachfolgende Vermittlung in Ausbildung, Qualifizierung usw.. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist auch die Kürzung der Sozialhilfe wegen mangelnder Mitarbeit als Erfolg zu sehen sowie die Feststellung dauerhafter Erwerbsminderung und Beantragung der Rente, zudem die Vermittlung in Behandlung oder Therapie.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden unter den bisherigen Fördervoraussetzungen und den vorweg dargestellten Maßnahmen ca. 840.000 € aus dem Europäischen Sozialfond als Kofinanzierung aktiviert. Letztendlich stellt diese Verwendung nicht unerheblicher Landes- und EU-Mittel im Rheinisch-Bergischen Kreis auch eine Stärkung der örtlichen Wirtschaft dar.

Durch die inhaltliche Neuausrichtung der Landesarbeitspolitik ist davon auszugehen, dass unter den neuen Voraussetzungen künftig keine ESF-Mittel mehr für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung stehen. Zusätzlich zu den Mitteln, die letztes Jahr bewilligt wurden und im Rahmen derer noch einige Maßnahmen stattfinden, wird es Wettbewerbe für ESF-Mittel geben, aber in sehr viel geringerem Umfang.

Abschließend gibt Frau Christofzik einen Überblick über die neuen Strukturen der Landesarbeitspolitik:

Bisher gab es 44 strukturpolitische Regionen, die jetzt ersetzt werden nach dem Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammerbezirke, d.h. für den RBK eine Zugehörigkeit zu Köln. Faktisch endet für alle „Regionalsekretariate“ die Förderung am 31.07.2004. Die 16 neuen „Regionalagenturen“ sollen bereits am 01.08. ihre Arbeit aufnehmen. Das bisherige Entscheidungsgremium „Regionalkonferenz“ wird abgelöst durch den „Lenkungskreis“, der auf einer von der Handlungsebene entfernt liegenden anderen Ebene arbeitet. Frau Fahner weist darauf hin, dass die bewährten regionalen Strukturen bei diesem Wandel wegfallen. In Zukunft wird es zwei Gremien geben, die eher strategisch entscheiden: Der Lenkungskreis, in dem Frau Christofzik Mitglied sein wird, und der Regionalrat, der auf der Ebene des Regierungspräsidenten angesiedelt ist und in dem Frau Fahner vertreten ist. Die personelle Besetzung beider Gremien durch das Frauenbüro ist als sehr positiv zu sehen. Wie sich diese Arbeit weiter entwickelt und wie praxisnah sie sein wird, ist noch völlig unklar. Auf Nachfrage von Frau Böcher berichtet Frau Christofzik, dass für NRW noch 214 Millionen Euro fließen, mit denen aber fast ausschließlich Unternehmen und Beschäftigte gefördert werden sollen. Nur in Wettbewerbsform können noch arbeitslose oder beschäftigte Frauen gefördert werden. Die ersten beiden Wettbewerbe laufen bereits.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Städte und Gemeinden und der Kreis genauso wie die Mitglieder des Koordinierungskreises „Hilfe zur Arbeit“ sehr darum bemüht sind, dass im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV die Strukturen erhalten bleiben und integriert werden, weil sich diese Form von Netzwerkarbeit als sehr erfolgreich erwiesen hat. Auf Nachfrage von Frau Koshofer berichtet Frau Fahner, dass das im Regionalrat vorgelegte Gutachten zu den fünf neuen strategischen Handlungsfeldern für das Land NRW keine Handlungsempfehlungen beinhaltet und das nach dem Amsterdamer Vertrag vorgegebene Gender Mainstreaming - Verfahren nicht berücksichtige. Entsprechende Nachfragen seitens Frau Fahner im Regionalrat, auch zur Frage der Zusammenarbeit des Regionalrates und des neuen Lenkungskreises, seien offen geblieben. Frau Fahner hofft auf eine Klärung in der nächsten Regionalratssitzung, zu der der Gutachter eingeladen werden soll.

Frau Kreft weist zum Thema ESF-Förderung darauf hin, dass diese nicht ersatzlos

gestrichen werden solle, sondern es andere Förderungsrichtlinien oder förderungswürdige Projekte gebe, die das Ziel haben, den ersten Arbeitsmarkt stärker zu fördern bzw. neue Chancen zu eröffnen. Bezüglich dieser Neuerungen regt sie die weitere Information des Ausschusses zum konkreten Verfahrensablauf an.

Die Vorsitzende begrüßt das gemeinsame Bestreben der Städte und Gemeinden und des Kreises um den Erhalt der bewährten Struktur der Beschäftigungsförderung. Der neue Ausschuss werde sich auch weiterhin mit der Beschäftigungsförderung befassen müssen.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

<-@

7

Frauenarbeitsmarktbericht 2003 der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach

@->

Die Vorsitzende bittet Frau Fahner als Gleichstellungsbeauftragte um eine frauenspezifische Bewertung des Frauenarbeitsmarktberichtes.

Frau Fahner interpretiert die wesentlichen Aussagen des Berichts:

Der auf 41 % leicht verbesserte Anteil der Frauen, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, sei durch die enormen Einbußen an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe, einem traditionellen Arbeitsbereich der Männer, zu begründen. Kritisch sei auch die Bewegung auf dem Teilzeitarbeitsmarkt, wo einerseits Arbeitsplätze abgebaut andererseits der Anstieg des Männeranteils bei der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit auf 13 % ermittelt wurde. Letzteres sei als Auswirkung eines mangelnden Angebots an Vollzeitarbeitsstellen anzusehen. Im Umkehrschluss bestehe die Gefahr, dass Frauen aus dem Teilzeitarbeitsbereich verdrängt werden. Diese These werde auch durch den Anteil von Frauen an Teilzeitarbeitsuchenden mit 97 % belegt. Ganz ähnlich sei gemäß den von Frau Brüning ermittelten Zahlen die Situation im Bereich der Minijobs einzuschätzen. Insgesamt lasse sich deshalb keine Verbesserung der Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt feststellen. Tatsache sei, dass die Arbeitslosenzahlen sich effektiv auch bei den Frauen erhöht haben, allerdings nicht im gleichen Umfang wie bei den Männern.

Erstaunlich sei die Entwicklung, dass bei den unter 20-jährigen Frauen trotz des Einbruchs bei den Ausbildungsstellen ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen sei, andererseits bei den 40- bis 50-jährigen eine prozentuale Zunahme erfolgte. Diesbezüglich sei es interessant, Frau Brüning um eine Interpretation zu bitten. Die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Berechnungen führe zu der günstigeren Arbeitslosenquote von 9 % bei den Frauen gegenüber 10 % bei den Männern. Frau Fahner ist der Auffassung, dass die geringfügige Beschäftigung nicht Bestandteil der Erhebungen sein sollte. Der Anteil der Frauen an beruflicher Weiterbildung sei zwar mit 53 % erwähnt. Angesichts unterschiedlicher Dauer und Qualität der Maßnahmen sei jedoch wichtig zu wissen, wie sich die Verteilung der Gelder für die Qualifizierungsmaßnahmen gestaltet.

Abschließend bestätigt Frau Fahner aus ihrer Sicht das Fazit der Beauftragten für Chancengleichheit: Für Frauen ist und bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Dauerthema, das maßgeblich Einfluss auf die Risiken und Chancen bei ihrer Integration auf dem Arbeitsmarkt hat, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Kinderbetreuung vor Ort entscheiden für Frauen über die Realisierung ihrer beruflichen Wünsche. Dies wiederum führe zum Ansatz dieses Ausschusses, der sich mit der Erreichung dieser Ziele auseinandersetze.

Die Vorsitzende bedankt sich für diese frauenspezifischen Bewertungen.

Die Ausschussmitglieder diskutieren intensiv die von Frau Fahner vertretene Auffassung, dass das durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt bedingte Hereindrängen der Männer in die Teilzeitbeschäftigung eine tendenzielle Bedrohung der klassischen Frauenarbeitsplätze darstelle, auf die steuernd eingewirkt werden solle.

Herr Jung hält diese Entwicklung in Bergisch Gladbach vor dem Hintergrund verstärkt teilzeitarbeitender Familienmänner für möglich und signalisiert ebenso wie Frau Holtzmann Klärungsbedarf. Für sie sei aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung die Schaffung weiterer Teilzeitarbeitsplätze wichtig. Auch Frau Kreft hält die Beantwortung der Frage für notwendig, ob die 13 % teilzeitarbeitender Männer aus wirtschaftlichen oder familiären Beweggründen heraus diese Arbeitsform gewählt haben. Generell müsse für Frauen, die nach wie vor überwiegend aufgrund ihrer Familienarbeit nur teilzeitbeschäftigt sein können, vorrangig diese Möglichkeit gewährleistet werden. Diesem Erfordernis schließt sich Frau Schöttler-Fuchs an.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig nachfolgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, die sich aus dem Frauenarbeitsmarktbericht 2003 ergebenden frauenspezifischen Fragen im Rahmen eines Gesprächs mit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach zu klären.

8

<-@

Fazit fünf Jahre AGFM

@->

Nach fast fünfjähriger Erfahrung im Rahmen dieses Ausschusses bittet die Vorsitzende die Mitglieder um ihr persönliches Fazit.

Frau Beisenherz-Galas bewertet die Breite des Themenspektrums und die Vielzahl der daraus gewählten Tagesordnungspunkte als sehr positiv und empfiehlt, in diesem Sinne weiterzuarbeiten. Frau Böcher schließt sich dem an, wünscht sich andererseits eine größere Außenwirkung des Ausschusses. Letzteres ist auch den Wunsch von Frau Koshofer. Frau Schöttler-Fuchs sieht den Erfolg der Zusammenarbeit in diesem Ausschuss darin, dass aus der Vielfalt der beratenen Themen einige Ergebnisse von heute beschlossen oder angeregt wurden, beispielsweise die Leitlinien für frauenfreundliche Bauplanung, die überregional abgefragt wurden, und die besondere Ferienbetreuung in Angeboten der offenen Ganztagschule. Angesichts der diesem Ausschuss eingeräumten Entscheidungskompetenz ist auch Frau Kreft mit den erzielten Ergebnissen zufrieden, zudem sei die detaillierte Information zu den einzelnen Beratungsobjekten oft auch für die Arbeit in den anderen Ausschüssen sehr förderlich gewesen. Beispielsweise habe das Thema Gender Mainstreaming durch die Arbeit im Ausschuss bewusst gemacht und der Verfahrensinhalt von den Mitgliedern verinnerlicht werden können. Insgesamt sei sehr positiv zu vermerken, dass die Ausschussmitglieder inhaltlich stärker zusammengewachsen seien. Frau Schu schließt sich letzterer Aussage an, auch für sie sei die in diesem Ausschuss erfahrene Sensibilisierung für frauenpolitische Themen eine wichtige Grundlage geworden, andererseits halte sie eine Reduzierung der Sitzungsanzahl für möglich. Die bisherige Arbeit im Ausschuss sehe sie durchweg positiv. Frau Holtzmann betont, manche Themen seien aufgrund der Arbeit in mehreren Ausschüssen inhaltlich wiederholt worden.

Die Vorsitzende bedauert an dieser Stelle noch einmal die begrenzten Entscheidungsmöglichkeiten des Ausschusses, weshalb tatsächlich die in diesem Ausschuss

als Beschluss gegebenen Anregungen erneut beispielsweise im Planungsausschuss beraten und verabschiedet werden müssten. Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass das Hineintragen der in diesem Ausschuss behandelten frauenpolitischen Themen in die Fraktionen dort auch eine höhere Akzeptanz zur Folge habe. Angesichts des Namens dieses Ausschusses regt Frau Lehnert an, ungeachtet des großen Nachholbedarfs für Frauen auch sichtbar werdende Benachteiligungen von Männern nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die Vorsitzende möchte zukünftig stärker die Umsetzung des in diesem Ausschuss verabschiedeten Frauenförderplans der Stadtverwaltung sowie die Umsetzung des Gender Mainstream Verfahrens thematisieren, hier interessiere insbesondere die Position des Verwaltungsvorstandes. In beiden Verfahren gebe es keine ausreichenden Informationen zum derzeitigen Sachstand.

Herr Kreilkamp berichtet zur Umsetzung des Frauenförderplans, dass aufgrund der Anfrage von Frau Fahner bereits Arbeiten zum Zwischenstand erfolgt seien. Beabsichtigt sei einvernehmlich eine sehr konkrete Berichterstattung unter Zuhilfenahme eines neuen Personalmanagementsystems, das Auswertungen in einer wesentlich schnelleren Form zulässt als das bisherige manuelle Verfahren.

Zur Frage der Positionierung des Verwaltungsvorstandes im Gender Mainstreaming Verfahren sei in den 1 ½ Jahren seit Vorstellung des Themas in der Verwaltungskonferenz durch Frau Fahner, wie zuvor auch von Mitgliedern dieses Ausschusses berichtet, zunächst eine Bewusstseinsbildung erfolgt. Auf dieser Grundlage sei dann eine praktische Herangehensweise in Form von Projekten in den einzelnen Fachbereichen vereinbart worden. Aufgrund der nicht zufrieden stellenden Meldungen und Weiterverfolgung der gemeldeten Projekte sei Gender Mainstreaming auf die letzte Tagesordnung der Fachbereichsleiterrunde gesetzt und eine detaillierte Absprache für die nächste Sitzung festgelegt worden. In diesem Zusammenhang bittet Herr Kreilkamp um Verständnis dafür, dass angesichts der teilweise schwierigen Personalsituation die Prioritäten der einzelnen Maßnahmen abgewogen werden müssen.

Abschließend berichtet Herr Kreilkamp von einer zustimmenden Grundhaltung der Fachbereichsleiter und der Fachbereichsleiterin gegenüber diesem Ausschuss. Gemäß ihm vorgetragenen Schilderungen könne bei dringenden Themen die um den Gleichstellungsausschuss erweiterte Beratungsfolge zu zeitlichen Engpässen führen. Insofern sei es wünschenswert, die Impulse dieses Ausschusses so früh wie möglich in die nachfolgenden Beratungen einfließen zu lassen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass ausdrücklich um die frühzeitige Einbeziehung dieses Ausschusses gebeten, dieser Wunsch aber nicht in jedem Fall berücksichtigt wurde.

Abschließend bedankt die Vorsitzende sich bei Frau Fahner und ihren Mitarbeiterinnen herzlich für die gute Betreuung während der fünfjährigen Ausschussarbeit und bei Frau Schulz von der Bergischen Landeszeitung für ihre Berichterstattung. An dieser Stelle sei auch die erhöhte Anerkennung des Frauenbüros durch die Arbeit des Gleichstellungsausschusses zu erwähnen.

<-@

9 Frauenpolitische Informationen

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage mit Interesse zur Kenntnis.

<-@

10

Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Es gibt keine Anfragen. <-@